

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Vändchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Vändchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährig 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Rödterstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schölze, Bierstadt.

Nr. 116.

Dienstag den 5. Oktober 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Mit dem 1. Oktober 1920 hat jede richterliche Tätigkeit der Militärgerichtsstellen aufgehört. Das Beamtenpersonal ist zum 1. Januar 1921 in den einflussreichen Ruhestand versetzt worden.

Eine Entschlebung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft wendet sich gegen eine gesetzliche Festlegung des Kartoffelbörsepreises.

Ein Teil der deutschen Seestreitkräfte ist von Kiel nach Swinemünde und Pillau verlegt worden.

In Rußland befinden sich zurzeit noch 13 000 deutsche Kriegsgefangene, von denen voraussichtlich noch 3000 bis 5000 über den Winter dort verbleiben müssen.

Die Südslawen ziehen an der Grenze des kärntner Abstammungsgebietes größere Truppenmassen zusammen.

Nach einer Meldung aus Helsingfors bereitet sich in Rußland eine Streikbewegung an. In Petersburg sollen mehrere Kommissare erschossen worden sein. Trotski soll verwundet sein.

Der Heeresbericht des Generals Wrangel meldet große Erfolge über die Bolschewisten.

Die Wirkungen des Spa-Abkommens.

Ausfall von 900 000 Tonnen hochwertiger Steinkohle.

Vor nicht ganz einem Vierteljahr ist uns das Kohlenabkommen von Spa durch die Entente aufgedrungen worden. Alle Einwände, die von den deutschen Unterhändlern gegen das Abkommen gemacht wurden, waren damals vergeblich. Wir mußten uns notgedrungen zur monatlichen Lieferung von zwei Millionen Tonnen hochwertiger Kohlen verpflichten, wenn wir nicht Gefahr laufen wollten, das ganze Ruhrkohlenrevier dem Feinde als willkommenes Pfand in die Hände fallen zu lassen. Auf der anderen Seite stand es von vornherein fest, daß der Ausfall einer solchen großen Menge Kohlen unweigerlich zu einer schweren Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens führen würde. Diese Befürchtungen waren leider nur zu sehr berechtigt. Zwar ist die Zeit seit dem Abschluß des Abkommens noch zu kurz, um dessen Wirkungen voll erkennen zu können. Die zuständigen Stellen rechnen jedoch heute schon damit, daß das Fehlen von über 900 000 Tonnen hochwertiger Kohlen sortenmäßig in der nächsten Zeit bedeutend schlimmer empfunden werden wird als der Menge nach.

Infolge der wirtschaftlichen Krise und der damit zusammenhängenden Beschäftigungslosigkeit ist der Kohlenbedarf der Industrie bedeutend niedriger geworden. Auch konnte zum Teil auf alte Vorräte zurückgegriffen werden. Sobald die alten Vorräte jedoch aufgebraucht sind, ist besonders die Industrie, die lediglich auf hochwertige, gute Kohle eingestellt ist, sehr übel daran. Die Folgen sind heute noch unübersehbar. Leider steht zu befürchten, daß die Kohlennot während des bevorstehenden Winters noch viel härter und fühlbarer wird als es in den Vorjahren der Fall war. Unsere Feinde können unterdessen im Überfluß von Kohle, die wir ihnen zu einem Schleuderpreis liefern müssen.

Im einzelnen ergibt sich nach den amtlichen Mitteilungen des Reichskohlenkommissars folgendes Bild von der

augenblicklichen Kohlenversorgung des Reichs:

Die Eisenbahn konnte nur unter den größten Schwierigkeiten ihren beruflichen Bedarf decken. Gegenüber einem Soll für August von 1 396 000 Tonnen konnten ihr nur 1 191 000 Tonnen Kohle zugeführt werden. Augenblicklich verfügt die Reichseisenbahn über etwa 26 Tage Dienstkohle. Diese Bestände dürften sich doch bei weiterer Minderbelleferung rasch vermindern. Sehr stark macht sich der Mangel an Bunkerkohlen bemerkbar, und es erscheint sehr fraglich, ob unter den augenblicklichen Verhältnissen eine Belleferung der Schifffahrt zur Wiederaufnahme des für Deutschlands Wiederaufbau unbedingt nötigen Verkehrs mit Übersee in wünschenswertem Umfang als bisher möglich sein wird. Zum 1. Oktober wird voraussichtlich nur noch bis zur nächsten ausländischen Bunkerstation Bunker Kohle gegeben werden können. Für Amerikafahrten werden wahrscheinlich Kohlen nur für die halbe Fahrt zur Verfügung stehen.

Besonders schlecht schneiden die Gasanstalten bei der Kohlenbelleferung ab. Ende Juli hatten sie einen Bestand von 373 000 Tonnen, gleich 14 Wintertagen, gegenüber 800 000 Tonnen Ende Juli 1918. Ihre Kontingente waren bei ihrer Neubemessung im letzten Frühjahr schon auf das äußerste beschränkt worden. Im August erhielten sie sogar nur noch 30 bis 40 Prozent dieses Kontingents.

Bei den Elektrizitätswerken sind größere Betriebschwierigkeiten bei den Werken zu verzeichnen, die auf Steinkohle angewiesen sind.

Am schlimmsten ist die Industrie betroffen.

Zwar ist ihre Belleferung im August mengenmäßig nur wenig geringer als im Mai. Dagegen ist der Sortenausfall sehr groß. Sie hat am meisten darunter zu leiden, daß jetzt an Stelle erstklassiger hochwertiger Kohle — es fehlen etwa 900 000 Tonnen, die jetzt an die Entente geliefert werden müssen, — minderwertige Kohlenforten und Braunkohlen geliefert werden. Von völligen Stilllegungen in großem Umfang aus Kohlenmangel ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Immerhin zeigt der Monat August bereits starke Einschränkungen und vorübergehende Stilllegungen einzelner Abteilungen und ganzer Betriebe. Die Not der Industrie an Kohlen wird erst in einigen Monaten offen zutage treten. Ist bis dahin nicht eine Sicherstellung über die aus Oberschlesien zu erwartenden Mengen erfolgt, so wird auch die von der Ruhrbergarbeiterchaft in Aussicht gestellte Mehrförderung die Industrie vor dem Zusammenbruch nicht mehr retten können.

Die Lage der einzelnen Industriezweige im August wird von der amtlichen Stelle folgendermaßen geschildert: In der chemischen Industrie ist die Kohlenbelleferung um etwa 25 Prozent gegen den Monat Mai zurückgegangen. In der Industrie der Steine und Erden beträgt der Ausfall an Steinkohle 20 Prozent, die Glasindustrie erhielt dagegen nur noch 50 Prozent ihrer Maßbelleferung. Alle diese Industrien waren bereits auf 30 bis 60 Prozent ihrer Friedensverbrauchsmenge kontingentiert. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Textil-, der Leder- und der Papierindustrie. Am empfindlichsten macht sich der Mangel guter Kohle in der Eisenindustrie und bei den Kupferhütten bemerkbar.

Es bedarf wohl keines Hinweises, daß diesem sortenmäßigen Rückgang in der Belleferung der Industrie eine starke Herabminderung der Leistungsfähigkeit entspricht. Anstatt, daß die Produktion, wie es heute dringend notwendig wäre, gesteigert werden kann, muß sie notgedrungen vermindert werden. Wie dann noch die im Verfallener Vertrag geforderte Wiedergutmachung geleistet werden soll, ist ein großes Rätsel, das unsere Feinde selbst lösen müssen.

Die Heeresverminderung.

Ab 1. Oktober nur noch 150 000 Mann.

Die auf Grund des Abkommens von Spa bis zum 1. Oktober 1920 zu erfolgende Heeresverminderung auf 150 000 Mann ist durchgeführt worden. Zur Entlassung gelangten 50 000 Soldaten, die den bei den einzelnen Wehrkreiskommandos errichteten Fürsorgestellen für entlassene Reichswehrsoldaten überwiesen wurden. Bis zum 1. Januar 1921 muß das Heer auf 100 000 Mann zurückgeführt sein.

Auflösung der Truppenabwicklungsstellen.

Gleichzeitig mit der Herabminderung des Heeres auf 150 000 Mann hat das Reichswehrministerium auf Anordnung der Entente die Auflösung sämtlicher Truppenabwicklungsstellen und ihre Einverleibung in die Abwicklungsämter und Intendanturen der früheren Generalkommandos durchgeführt. Vom 1. Oktober ab bestehen in Deutschland noch 24 Abwicklungsämter und 25 Abwicklungsintendanturen, die zumeist ihren Sitz in dem Orte der früheren Generalkommandos haben. Das Heeresabwicklungsamt des Generalkommandos in Danzig ist nach Stettin und die Abwicklungsämter des 15. und 16. Korps, die ihren Sitz in Straßburg und in Metz hatten, sind nach Blankenburg bzw. Kassel verlegt worden. Durch die Auflösung der zahlreichen Truppenabwicklungsämter erfährt der Reichsstat eine starke finanzielle Entlastung.

Verminderung des Beamtenpersonals.

Der Abbau der Abwicklungsstellen ermöglicht eine erhebliche Verminderung des Beamten- und Angestelltenpersonals. Gegenüber 100 000 Beamten und Angestellten, die am 1. Oktober 1919 in den Abwicklungsstellen beschäftigt waren, sind zurzeit nur noch etwa 12 000 Beamte und Angestellte in den Abwicklungsämtern tätig. Eine weitere Verminderung des Personalbestandes ist ständig im Gange.

Räumung der neutralen Zone.

Die sogenannte neutrale Zone im Westen ist von den Reichswehrtruppen vollständig geräumt worden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im geräumten Gebiete ist die dorthin verlegte Sicherheitspolizei in erheblichem Maße verstärkt worden.

Die deutsche Reichsmarine.

Die neuen Standorte der Offiziers-Seestreitkräfte.

Die schon seit langem geplante Verlegung eines Teiles der deutschen Seestreitkräfte von Kiel nach Swi-

memunde und Pillau ist nunmehr durchgeführt worden. Die Admiralität mußte sich zu dieser Maßnahme entschließen, weil die Kieler Böhre infolge der von der Entente geforderten Schleifung der Befestigungsanlagen als Kriegshafen entwertet war. Ferner ließ die durch die Kohlenknappheit bedingte wirtschaftliche Notwendigkeit, die Minenfuhrverbände in der Nähe ihres Tätigkeitsfeldes zu stationieren, die Verlegung der Flotte erforderlich erscheinen.

Als Stützpunkte der deutschen Kriegsmarine kamen die beiden noch verbliebenen Kriegshäfen Pillau und Swinemünde in Betracht. Ein Teil der in Kiel bisher stationierten Seestreitkräfte ist bereits nach Swinemünde verlegt worden, wo sich auch der Sitz des Admirals der deutschen Ostseestreitkräfte befinden wird. Ihm werden auch die Minenfuhrverbände unterstellt, deren Tätigkeitsfeld sich jetzt im östlichen Gebiet der Ostsee in der Nähe der russischen Kriegshäfen befindet. Als Liegeplätze für Kriegsschiffe wird aber Kiel nach wie vor verwendet werden. In Kiel bleiben auch die wichtigsten Marinebehörden, die bisher dort ihren Sitz hatten, ferner eine Küstenabwehrabteilung und ein Teil der Seestreitkräfte. Pillau und Swinemünde, die bisher Reichswehrtruppen als Garnisonen besaßen, erhalten jetzt Marinetruppen als Besatzung. Die Schiffstammabteilung, die die Befehle der noch in Dienst stehenden Schiffe in sich vereinigt, soll Stralsund als Standort erhalten.

Zurzeit befinden sich von der deutschen Flotte, die bekanntlich nach dem Friedensvertrag aus sechs Linien Schiffen, sechs Kreuzern und je 12 Torpedobootzerstörern und Torpedobooten bestehen darf, nur zwei kleine Kreuzer und mehrere Minenfuhrschiffe in Dienst. Es ist beabsichtigt, in der nächsten Zeit noch einen Kreuzer und das Minenschiff „Hannover“ in Dienst zu stellen. Eine raschere Indienststellung der Deutschland gebliebenen Kriegsschiffe ist aber vorläufig nicht möglich, da der größte Teil der Marine für Minenfuhrzwecke verwendet wird. Die von der Entente uns zugestandenen 15 000 Marinetruppen werden für die kleine Flotte vollkommen ausreichen.

Umschwung in Rußland?

Mehrere Kommissare erschossen. — Trotski verwundet?

Kopenhagen, 2. Oktober. Der „Nationaltidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert, daß sich in Rußland eine Streikbewegung ausbreitet. An vielen Stellen sei es zu Unruhen gekommen. In Petersburg sollen mehrere Kommissare erschossen worden sein. An der Westfront herrsche große Unruhe. Die Bevölkerung fordere sofortigen Frieden. Trotski soll verwundet und der Weitem General Budjennyj vor ein Kriegsgericht gestellt worden sein.

Ähnliche Warneinmeldungen sinnigen Ursprungs sind in der letzten Zeit bereits mehrfach verbreitet worden, ohne daß sie sich nachträglich bewahrheitet hätten. Auch die obenstehende Meldung hat bisher noch keine Bestätigung gefunden. Immerhin ist die Möglichkeit eines Umschwungs in Rußland nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Gewaltherrschaft der bolschewistischen Kommissare beginnt offenbar zu wanken. Im Innern herrscht Misshandlung und Unzufriedenheit über die Misshandlung der Sowjetregierung. Die russische Volkswirtschaft ist zugrunde gerichtet, Hungersnot und Krankheiten wüten unter der entkräfteten Bevölkerung und raffen täglich Tausende der unglücklichen Opfer der bolschewistischen Schreckensherrschaft hin. An allen Fronten tobt ein erbitterter Kampf. Die blutigen Verluste sollen jetzt ausgeglichen werden durch eine neue Aushebung von 400 000 Mann. Hiergegen lehnt sich das kriegsmüde russische Volk auf. Seine Blutrache richtet sich vor allem gegen die Bolschewikoffen, die das ganze Unglück verschuldet haben. Die Revolution hat diese Männer an die Spitze gebracht; wer weiß, ob die Revolution sie nicht ebenfalls bald wieder hinwegfegen wird.

Ein neuer Erfolg Wrangels.

Der Heeresbericht des Befehlshabers der südrussischen, antibolschewistischen Armee General Wrangel, meldet: Die 13. Rote Armee, die auf ihrer Flucht nach dem Dnjepr zurück. In der Gegend von Alexandrowka sind die Bolschewisten auf einer Front von 200 Kilometern auf der Flucht. Die Armee Wrangels hat mehr als 1000 Gefangene gemacht und 50 Geschütze, mehrere hundert Maschinengewehre, 8 Panzerzüge und viel Kriegsgerät erbeutet.

Kiew von der ukrainischen Armee besetzt.

Von Westen her werden die bolschewistischen Armeen in Südrussland von der ukrainischen Armee, den Truppen der mit den Polen verbündeten Regierung Petljuras, schwer bedrängt. Nach einer Meldung des ukrainischen Botschafters haben die Ukrainer Kiew und

Somit ist besetzt. Damit sind die Hauptverbindungs-
linien in der Ukraine wieder im Besitz der ukrainischen
Truppen. Maßgebende militärische Kreise erklären, daß
die Ukraine in wenigen Wochen gänzlich von den Bol-
schewisten gesäubert sein wird.

Unstimmigkeiten in Miga.

Die Friedensverhandlungen in Miga gehen indessen
nur langsam von Statten. Seit Ueberreichung der letz-
ten maßvollen Bedingungen der Sowjetregierung ha-
ben keine neuen Beratungen mehr stattgefunden. Joffe
hat daher an den polnischen Delegationsvorsitzenden
Dombbski einen Brief gerichtet, in dem er Aufklä-
rung wegen der Verzögerung der Verhand-
lungen verlangt und Polen für die Fortdauer der
Kampfhandlungen verantwortlich macht. Dombbski hat
in seinem Antwortschreiben ausgeführt, daß die Russen
diese Verzögerung durch die Aenderung ihrer ursprüng-
lichen Absicht selbst verursacht hätten. Von unterrich-
teter Seite wird die Lage als gespannt, jedoch nicht
als gefährlich angesehen. Man erwarte die Wiederauf-
nahme der Verhandlungen in zwei bis drei Tagen.
Zunehmend sei infolge der neuerlichen Siege der Polen
ein Stimmungsumschwung in Warschau zu befürchten,
wodurch die Ergebnisse der Migaer Ver-
handlungen gefährdet werden können.

Bolschewistischer Rückzug aus Persien und Sibirien.

Der Teheraner Berichterstatter der „Daily Mail“
meldet, er habe an maßgebender Stelle erfahren, daß
die Bolschewisten bei einer Konferenz mit der Regie-
rung von Aserbeidschan in Baku beschlossen hätten,
ihren Feldzugsplan gegen Persien aufzugeben und
sich an Aserbeidschan abzutreten.

Der Wochenbericht des britischen Kriegsministe-
riums aus Sibirien meldet, alle bolschewistischen Di-
visionen scheinen die Ostfront verlassen zu haben;
der Bolschewismus verliere in Sibirien an Boden; anti-
bolschewistische Streitkräfte seien in Tomsk, in Nowo-
Nikolajew und an anderen Orten aufgetreten. Die
bolschewistenfeindliche Bewegung breite sich bis nach
Sibirien aus. Ein Teil des Heeres der Regierung von
Berchne-Ubinsk habe sich gegen die Bolschewisten erklärt
und sei mit Sach und Pack desertiert.

Keine Hilfe von Brüssel.

Die internationale Anleihe für Deutschland abgelehnt?

Die deutsche Anregung, Deutschland eine inter-
nationale Anleihe zum Wiederaufbau seines Wirtschafts-
lebens zu gewähren, hat auf der Konferenz keinen Bei-
fall gefunden. Es hat überhaupt den Anschein, daß
die hilfsbedürftigen Länder Europas möglichst bald
ihre Hoffnungen auf irgend eine internationale An-
leihe, die durch billigen Zinsfuß alle ihre
Schwierigkeiten mit einem Schlage beseitigen würde,
aufgeben müssen. Auch das für den Augenblick aller-
notwendige wird kaum zu erreichen sein. Mit Recht
fragt man sich da, zu welchem Zwecke die Konferenz
in Brüssel eigentlich zusammengetreten ist.

Auch der beachtenswerte Vorschlag des belgischen
Ministerpräsidenten Delacroix, der die Schaffung
einer großen internationalen Bank empfiehlt, hat keine
Aussicht auf Verwirklichung. Nach Delacroix Ansicht
sollen die Staaten die Aktionäre dieser Bank sein,
die unverbindliche Obligationen abgeben sol-
len. Diese Obligationen sollen dafür verwendet wer-
den, hilfsbedürftigen Staaten als Zahlungsmittel
für Lebensmittel, Rohstoffe und andere für die
Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens erforder-
liche Güter zu dienen. Den Banken würde das Recht
zustehen, die Kontrolle über die Ausföhrung der Ob-
ligationen durch die hilfsbedürftigen
Staaten auszuüben.

Die Brüsseler Finanzkonferenz hat am Sonnabend
die Erörterung über die internationalen Kredite be-
endet und sich dann bis Mittwoch vertagt, damit der
Ausföhrung sich mit der endgültigen Fassung der Reso-
lutionen beschäftigen kann.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Frand.

37] „Ich werde mich hüten“, versetzte Herr Allmers
derb. „Bei mir ist ja erfreulicherweise die Geschichte
nicht passiert, und die bestohlenen Gäste mögen sich selbst
bei der Polizei melden. Ich habe genug davon. Gegen
kann ja freilich niemand, aber die Polizei kann es nun
schon gar nicht.“

„Herr Allmers!“ Der gekränkte alte Beamte nahm
einen sehr scharfen Ton an. „Wenn Sie gering von der
Tätigkeit der Polizei denken, warum kommen Sie dann
überhaupt zu mir?“

„Weil mir mein Nachbar, der Direktor des großen
Kaufhauses in meiner Straße, dessen Frau auch zu den
leidtragenden Damen gehört, vorhin einen guten Rat
gegeben hat. Als ich ihm die Befürchtung ausdrückte, daß
sich ein Mitglied dieser internationalen eleganten Gau-
nnergemeinschaft in meinem Hotel einlogieren könnte, auch
der Urheber der früheren Diebstähle gehört doch wahr-
scheinlich dazu, empfahl mir der Direktor, Ihr Fräulein
Tochter, die in dem Kaufhaus als Aufsichtsbearbeiterin
tätig ist, zu bitten, sich einige Zeit, zur unbemerkten Be-
obachtung der Gäste in meinem Hotel aufzuhalten. Nach
dem, was mir der Herr Direktor erzählt hat, habe ich
allen Respekt vor den Leistungen der jungen Dame, und
ich traue ihr, nehmen Sie mir es nicht übel, mehr zu,
als der Polizei. Wenigstens in solchen Dingen. Der Di-
rektor will dem Fräulein vorläufig Urlaub geben. Wenn
Sie, Herr Inspektor, damit einverstanden sind, wird
Ihre Tochter meine Bitte ganz gewiß nicht ablehnen.
Schließlich kann das Fräulein bestimmen, wie sie
in meinem Hause erscheinen will, und ebenso die Höhe
ihres Honorars. Also bitte!“

Dem auf seine Tochter so stolzen Vater pochte das
Herz bei diesem ehrenvollen Angebot höher. Ohne sich
lange zu besinnen antwortete er aber doch: „Rein, Herr
Allmers, das geht nicht. So gern ich Ihnen gefällig
wäre, ich darf meine Zustimmung nicht dazu geben, daß
meine Tochter gewissermaßen als Privatdetektiv in Ihr
Hotel kommt.“

„Aber warum können Sie Ihre Zustimmung nicht
geben?“ fragte Herr Leo Allmers sattsamlos.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 2. Oktober 1920.

— 15 000 deutsche Kriegsgefangene sind bisher aus
Sibirien zurückgeführt, etwa 12 000 sind noch dort. Die
Gesamtzahl der in ganz Rußland befindlichen Kriegsgefangenen
aller Nationalitäten beträgt 150 000.

— Der Winterfahrplan tritt auf den deutschen
Reichseisenbahnen am 24. Oktober in Kraft.

— Das preussische Staatsministerium hat der Berg-
akademie Clausthal das Recht der Promotion zum Dok-
tor der Ingenieurwissenschaften verliehen.

— Der Fall des Sozialistengesetzes führte sich in diesen
Tagen zum 30. Male. Der „Vorwärts“ gab aus diesem
Anlaß eine Festnummer heraus.

:: Deutscher Einspruch gegen die Annexion Togos
und Kameruns. Nach Pariser Pressemeldungen beab-
sichtigt Frankreich, die ehemaligen deutschen Schutzge-
biete Togo und Kamerun zu annektieren. Auf eine
diesbezügliche Anfrage der Deutschnationalen an die
Reichsregierung wird jetzt amtlich mitgeteilt:

„Die Reichsregierung wird selbstverständlich kein Mit-
tel unversucht lassen, auf die Einhaltung der Bestimmungen
im Artikel 23 des Friedensvertrages hinzuwirken. Die
deutsche Regierung kann jedoch nicht annehmen, daß die
französische Regierung angesichts des klaren Wortlauts des
Vertrages mit der Absicht umgehen oder damit durch-
dringen könnte, die früheren deutschen Kolonien Togo und
Kamerun zu annektieren. Eine solche mit dem Versailler
Vertrag nicht im Einklang stehende Maßnahme, der die
Reichsregierung ihre Anerkennung versagen
müßte, würde der von der französischen Regierung mit
so großem Nachdruck vertretenen Politik der strikten Er-
füllung des Friedensvertrages widersprechen.“

Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages
sollen Gebiete, wie Togo und Kamerun, unter die
„Vormundschaft von fortgeschrittenen Na-
tionen gestellt werden, die... am besten imstande und
bereit sind, die Verantwortung für das Wohlergehen
und die Entwicklung dieser Völker auf sich zu neh-
men“. Die Vormundschaft hätten diese Nationen „als
Beauftragte des Völkerverbundes und in dessen Na-
men zu führen“. Durch eine Annexion der ehemali-
gen deutschen Kolonien würden die Franzosen der
Vertrag schwer verletzen. — Allem Anschein nach sollen
wir es wieder einmal erleben, daß Frankreich sich stu-
pelllos über die Bestimmungen des Vertrages hinweg-
setzt, während man auf der anderen Seite von Deutsch-
land immer die peinlichste Beobachtung aller für uns
nachteiligen Verpflichtungen verlangt.

:: Gegen den Schmuggel an der holländischen
Grenze. Zwischen Vertretern der Landes- und Staats-
regierung in Münster hat eine Bepfropfung über den
Schmuggelhandel an der holländischen Grenze stattge-
funden. Uebereinstimmend war man der Meinung, daß
sich die Zustände an der Grenze dank dem energischen
Durchgreifen der Sicherheitspolizei wesentlich gebes-
sert hätten. Weitere Verbesserungen sollen durch Auf-
sichtsmaßnahmen im Hinterland und eine scharfe Kon-
trolle der großen Eisenbahnknotenpunkte ge-
schaffen werden.

:: Die Dominion der deutschen Benediktiner zu-
rückgegeben. Wie der Brüsseler „Echo“ meldet, haben
die Schritte der deutschen Benediktiner zur Wiederer-
greifung ihres Besitztums in Jerusalem Erfolg ge-
habt. Die belgischen Benediktiner, die dahin gegangen
waren, um die Abtei auf Verlangen der Alliierten in
Besitz zu nehmen, werden sofort nach Belgien zurück-
kehren.

:: Uebernahme der Holzverkäufe durch das Reich?
Bei der Erörterung der Aufhebung der Zwangs-
wirtschaft in der Industrie im Volkswirtschaftsausschuß des
Reichstages teilte der Staatssekretär Hirsch mit, daß
die Wünsche, Holz für gemeinnützige Zwecke nicht zu
Auktionspreisen zur Verfügung zu stellen, auch im
Kreise der Reichsregierung erörtert worden sei. Die
Schwierigkeiten liegen bei den Bundesstaaten, die Wälder
besitzen und sich aus dem Verkauf von Holz große
Einnahmen verschaffen wollen, da diese eine der we-
nigen Einnahmequellen sei, über die die Länder noch
verfügen. Es werde nun zu erwägen sein, ob man

nicht doch noch zu einem Eingriff von Weizen
wegen kommen müsse.

:: Nachkänge zum Rapp-Butsch. Das Verfahren
wegen Hochverrats gegen den Konteradmiral a. D.
b. Lebewitz, den früheren Leiter der Kieler Siche-
heitspolizei Major a. D. von Winterfeldt, Bürger-
meister a. D. Lindemann (Kiel), Landrat a. D.
Freiherr Loew von und zu Steinfurth in Sa-
bersleben und gegen den früheren Regierungspräsi-
denten von Pauli (Schleswig) vor dem Reichsgericht
ist eingestellt. Die angeordnete Vermögensbeschlagnahme
ist aufgehoben. In der Begründung heißt es,
daß nach den angestellten Ermittlungen die Ange-
schuldigten weder Urheber noch Führer eines Hochver-
ratsunternehmens im Sinne des Gesetzes über die Ge-
währung von Straffreiheit vom 1. August 1920 ge-
wesen sind.

:: Versammlungsverbot in München. Der neu-
gegründeten „Freien sozialistischen Jugend“ in München
ist auf Anordnung des Staatskommissars für München
Stadt und Land die Abhaltung von öffentlichen und
geschlossenen Versammlungen verboten worden. Das
Verbot wird mit den radikalen „Umsturzbestrebungen“
der Vereinigung, die eine Gefährdung der öf-
fentlichen Sicherheit bedeutet, begründet.

Rundschau im Auslande.

• Die polnisch-litauischen Kämpfe sind mit gegenseitigen
Einkindern eingestellt worden.

• Bei dem ersten Empfang des diplomatischen Corps
durch den französischen Präsidenten Millerand war der Bo-
schafter des deutschen Reiches, Dr. Maher, die einzige
Persönlichkeit, der einen schwarzen schlichten Gehrock angelegt
hatte. Alle übrigen Vertreter auswärtiger Mächte waren in
ihren traditionellen von Gold und Silber stropenden Gala-
uniformen erschienen.

• Die italienische Regierung will mit Serbien unter
der Bedingung über die Abfrage verhandeln, daß Mo-
ntenegro, das bei Friedensschluß trotz des Einspruchs Ru-
müts Südbalkan einverleibt worden ist, am Adriati-
schen Meere als interessierter Staat zu den Verhandlungen
zugezogen wird.

• Die britischen Bergarbeiter haben die Streik-
ankündigungen abermals um eine Woche hinausgeschoben,
um eine weitere Abstimmung unter den Bergarbeitern über
die Vorschläge der Bergwerksbesitzer stattfinden zu lassen.

• Am 23. d. M. werden 150 deutsche Pilger unter
Führung des Erzbischofs Schulte von Köln in Rom an-
kommen.

Oesterreich: Anschlußabstimmung in Oesterreich.

• Bei der dritten Lesung des Bundesverfassungsgesetzes
nahm die Nationalversammlung einstimmig die von den Groß-
deutschen eingebrachte Entschließung an, in der die Regie-
rung aufgefordert wird, spätestens innerhalb sechs Mona-
ten eine Volksabstimmung über den Anschluß an das Deut-
sche Reich anzuordnen. Der in der Entschließung enthaltene
Besatz, daß diese Volksabstimmung womöglich gelegentlich
der Wahlen zur Nationalversammlung am 17. Oktober er-
folgen solle, wurde abgelehnt.

In Wien drangen etwa 50 mit Bajonetten bewaffnete
Wortführer in eine aristokratische Wohnung ein und be-
gannen auf die Teilnehmer mit Stöcken einzuschlagen und
sie aus dem Saale herauszudrängen. Ein angeblich von einem
Volkswehrmann abgegebener Schrei eine große Panik hervor.
Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Tirol bereitet eine große Trauerkundgebung
anlaßlich der Annexion Südtirols durch Italien vor. Die
Trauerfeier wird am 9. d. M. abgehalten werden, vorausge-
setzt, daß am 10. d. M., wie bisher verlautet, die italienische
Annexionseier in Südtirol stattfinden wird. In Innsbruck
finden Sitzungen der Landesregierung, des Landesrats,
des Stadtmagistrats und voraussichtlich noch anderer Körper-
schaften statt. Die öffentlichen Gebäude werden schwarz
geflaggt sein.

Kärnten: Ein Anschlag auf die Volksabstimmung?

• Verschiedenen Meldungen zufolge ziehen die Südtiroler
Flamen an der Grenze des Kärntner Abstimmungsgebietes
größere Truppenmengen zusammen. Das österrei-
chische Außenamt hat den österreichischen Gesandten in Bel-
grad beauftragt, bei der jugoslawischen Regierung in freundschaftlicher
Weise vorstellig zu werden und diese auf die
Truppenansammlungen aufmerksam zu machen.

„Wanz einfach deshalb nicht, weil ich staatlicher
Polizeibeamter bin.“

„Aber ich will Sie ja nicht bemähen, sondern Ihre
Tochter. Ihre amtliche Stellung hat also mit der
ganzen Angelegenheit nichts zu tun“, rief Allmers.

„O doch, mein lieber Herr“, antwortete der In-
spektor bestimmt. „Ich darf nicht dulden, daß meine
Tochter in einer Strafsache, die in der Hand der Polizei
liegt, dieser gewissermaßen Konkurrenz macht. Das
geht denn doch nicht an. Was würde da wohl mein Chef
und auch das Publikum sagen, wenn meine Tochter Er-
folg haben sollte?“

Jetzt lachte der Gasthofbesitzer auf. „Gar nichts
sollte Ihr Herr Chef sagen, sondern sich freuen, daß
der vermaledeite Spitzbube erwischt ist. Aber soweit
sind wir ja noch gar nicht, und das wird auch Sache der
Polizei bleiben, da diese letzten Diebstähle gar nicht bei
mir, sondern im Palais International verübt sind. Das
Fräulein soll bei mir nur Diebstähle zu verhindern
suchen dadurch, daß sie Personen beobachtet, die ihr ver-
dächtig erscheinen, wie sie es in dem Kaufhaus tut. Also
nun geben Sie schon Ihre Zustimmung.“

Brandt zögerte noch immer. „Jedenfalls müssen
wir meine Tochter fragen, ob sie dies Amt übernehmen
will. Und dann muß ich sie unbedingt verpflichten,
mir, das heißt, der Polizei, Mitteilung zu machen, so-
bald sie einem Strassfall auf die Spur kommt. Ganz
gleichgültig, ob Ihnen das lieb ist, oder nicht.“

„Reinnetwegen“, rief Allmers erleichtert aus. „Ich
will auf alles eingehen, was Sie verlangen, wenn nur
Ihre Tochter kommt und unauffällig dafür sorgt, daß
solche fatale Geschichten nicht wieder vorkommen, wie
ich sie erlebt habe. Wenn das Fräulein im Hotel ist,
so ist das doch etwas anderes, als wenn ein Herr Polizei-
kommissar bei mir inspiert und kommandiert. Die
Herren sollen mir auf die Nerven. Verzeihen Sie mir,
aber ich muß es Ihnen sagen. Herr Bollhardt, Ihr
Kollege, mag gewiß der beste Mensch von der Welt sein,
aber wenn ich daran denke, daß er wieder in mein Haus
kommen könnte, läuft es mir kalt den Rücken herunter.“

Der Kriminalinspektor konnte kaum ein Lachen ver-
hehlen. Er hatte doch gestern Abend gesehen, wie Ritz
Allmers und Fritz Bollhardt zu einander standen. Und
da sollte dieser ihrem Vater nicht wieder ins Haus

kommen? O, Herr Allmers, nur ja nicht etwas ver-
schwören!

Ein paar Worte mußte er doch zugunsten seines
Kollegen Bollhardt sagen.

„Ich begreife ja, Herr Allmers, daß Sie gewünscht
haben, daß Bollhardt die Liebe in Ihrem Hause abspähte,
aber seine Schuld ist es nicht, wenn es nicht dahin kam.
Auch einem tüchtigen Kerl kann nicht alles und jedes ge-
lingen. Ich bin überzeugt, Sie werden ihn später besser
beurteilen und ihn sogar noch herzlich in Ihrem Hause
willkommen heißen.“

„Na, dann müßte aber Wunderbares passieren und
vor allem der Dieb von damals entdeckt sein.“

„Wer weiß, ob nicht Wunderbares passiert“, ant-
wortete Brandt diplomatisch. „Aber nun will ich meine
Tochter rufen. Sie mögen sie selbst fragen und hören,
was sie Ihnen antwortet. Freilich ist der Auftrag, den
Sie für Alara haben, etwas sonderbar in diesem Augen-
blick, denn sie hat sich, wie sie wohl gehört haben,
gestern verlobt. Aber die modernen Mädchen bring-
en ja vieles fertig, worüber man zu der Groß-
eltern Zeit den Kopf schüttelte. Also fragen Sie.“

Und Herr Leo Allmers fragte das etwas nervös
aussehende Fräulein Brandt, nachdem er zuvor seinen
verbindlichsten Glückwunsch zur Verlobung ausgesprochen
hatte, in der lebenswichtigsten Weise. Und die junge
Braut, der eine solche aparte Aufgabe gestellt wurde,
hörte gelassen zu. Nur ein paar mal zuckte es flüch-
tig über ihr schönes Gesicht. Und als der Hotelbesitzer
mit seinem Vortrag zu Ende war, überlegte sie eine
ganze Weile. Endlich nahm sie das Wort.

„Ich hatte mich vorgenommen, zum nächsten ge-
setzlichen Termin meinen Posten in dem Kaufhaus zu
kündigen und überhaupt nicht mehr auf Verleumdungen
und Verbrecher Jagd zu machen. Ich müßte also Ihren
Auftrag ablehnen. Aber ich möchte mich vorher noch
ein bißchen zerstreuen, man hat manchmal solche Ein-
fälle, nicht wahr? — und da mag es drum sein. Ich
möchte Resultate erzielen werde, weil ich natürlich nicht,
und Sie müssen mir deshalb vorher versprechen, daß
Sie mir nicht zürnen wollen, wie dem armen Herrn
Bollhardt. Glauben Sie mir, der hat wirklich nichts
für sein Pech gefonnt.“

(Fortsetzung folgt.)

Wer Geschäfte machen will, muß inferiorieren!

Italien: Freigabe deutschen Eigentums in Italien.
Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Rom: Die Regierung beschloß, das kleine deutsche Eigentum bis zu 50 000 Lire jetzigen Wertes herauszugeben. In Betracht kommen Barsummen, Handwerkszeug und kleine Immobilien. Die Maßnahme soll sozialen Charakter haben. Die Behandlung des größeren Eigentums ist noch nicht geklärt. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Frankreich: Das Herz Gambetta.
Das Programm des 50jährigen Jubiläums der 3. französischen Republik, das am 11. November stattfindet, sieht eine Vorfeier am 10. November durch die republikanischen Verbände vor, die von Poincaré präsidieren wird. Am 11. morgens wird das Herz Gambettas in einem Sarg von Tannenhölzern nach dem Pantheon überführt werden, wo eine militärische Parade mit den von Deutschland zurückgegebenen Fahnen stattfinden wird. Nachmittags wird vor und im Rathaus eine weitere Kundgebung stattfinden, in der Hauptrede zu Ehren Gambettas, Trochu und Gallienis, an der die Bürgermeister der großen französischen Städte teilnehmen werden. Das Jubiläum wird geschlossen mit Fackelmärschen und Raketenfeuern.

England: Die Opfer des Irenlampjes.
Nach einer Meldung aus London sind in Irland seit dem 1. Januar 110 Polizisten getötet worden. Neuerdings haben 134 Polizisten unter der Angabe, die Arbeit, die sie verrichten müßten, sie lie an, den Abschied verlangt. — Das Fest der Pilgrime (die Vierhundertjahrfeier der Ankunft der ersten Siedler in Amerika an Bord der „Mayflower“) im Carnegiehaus in New York wurde durch feierliche Elemente sehr gestört. Es kam zu Tätlichkeiten; die Offiziere wurden schwer beleidigt und das Fest mußte unterbrochen werden.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 1. Oktober 1920.

Kleine Anfragen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf eine Anfrage Richard (Dnatt.) was gegen die Benachteiligung der Schüler an höheren Lehranstalten, die das 18. Jahr überschritten haben, und denen durch Erlass des Kultusministers der Beitritt zu parteipolitischen Vereinen verboten sei, geschieht, wird erwidert, daß der Erlass ergangen sei, um parteipolitische Bestrebungen der Schüler fernzuhalten, weil sonst die Erfüllung des Zweckes der Schule gefährdet wird.

Eine Anfrage Hauschild (Soz.), ob den durch die Maul- und Klauenseuche geschädigten kleinen Besitzern vom Staate geholfen werden solle, wird dahin beantwortet, daß die Provinzen zuständig seien und teilweise auch Unterstützungen bereits bewährt hätten.

Anträge.
Hierauf wird ein Antrag Felske (Dnatt.), daß bei gemeinsamen Schüleranfragen keine Fahrt oder ihre Beförderung zu den Sägen des Militärartillerie gewährt werde, nach kurzer Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen.

Abg. Kopsch (Dem.) begründet einen Antrag auf eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung des Ehrensoldes der Kriegsveteranen. Die Beratung muß vertagt werden, da kein für diese Angelegenheit zuständiger Regierungsvertreter zugegen ist.

Abg. Allegeor (Str.) begründet darauf einen Antrag, mit Rücksicht auf die zunehmende Beschäftigungslosigkeit in zahlreichen Handwerkszweigen öffentliche Arbeiten, namentlich Instandsetzungen von staatlichen Gebäuden, zu vergeben und das selbständige Handwerk angemessen zu berücksichtigen.

Der Antrag wird dem Hauptausschuß überwiesen. Darauf begründet

Abg. Monrad (Dnatt.) einen Antrag auf Bekämpfung der Pferdesuchen und Erfas der durch sie entstandenen Schäden. Gleichzeitig wird ein Antrag Hoffmann (U. Soz.) zur Beratung gestellt, der Entschädigung der durch die Maul- und Klauenseuche geschädigten Kleinrentner verlangt.

Die Anträge werden nach kurzer Aussprache dem landwirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Pflege für die ostpreussischen Flüchtlinge.
Abg. Entschladen (Dnatt.) verlangt ausreichende Geldmittel, um die Gemeinden Schleifens in die Lage zu versetzen, die besonders in die Regierungsbezirke Breslau und Posen gestückelte deutsche Bevölkerung hinsichtlich des Lebensunterhalts, der Kleidung und der Wohnung zu unterstützen. Bis jetzt sind nach zuverlässigen Nachrichten

130 Morde an Deutschen festgestellt worden. Die Zahl der Flüchtlinge ist mit 20 000 nicht zu hoch geschätzt. Im Interesse der Stärkung des Deutschland muß die Regierung unverzüglich helfen. (Weifall.)

Abg. Wöbel (Str.): Ich ermahne die deutschen Stammesbrüder außerhalb des Abstammungsgebietes, sich das vor zu hüten, durch Worte oder Handlungen den Deutschen in Ostpreußen zu schaden. Baldige durchgreifende Hilfe ist notwendig.

Ein Regierungsvertreter: Die preussische Staatsregierung erachtet es als ihre selbstverständliche Pflicht, für die Flüchtlinge aus Ostpreußen ebenso wie für die aus den östlichen und westlichen Gebieten zu sorgen und ihre Not nach Möglichkeit zu lindern.

Abg. Hantke (Soz.), Abg. Dr. Richter (D. Vp.) und Abg. Boers (Dem.) stimmen dem Antrag zu.

Der Antrag geht an den Hauptausschuß. Das Haus vertagt sich am Mittwoch. Tagesordnung: Antrag Kopsch auf Erhöhung des Ehrensoldes der Veteranen, kleine Vorlagen und Anträge.

Aus Stadt und Land.

Hindenburg 73. Geburtstag. Generalfeldmarschall v. Hindenburg vollendete das 73. Lebensjahr. Trotz der Erkrankung der Gemahlin des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg fand am Vorabend seines Geburtstages doch eine Kundgebung der hannoverschen Jugend statt. Die größeren Schüler sämtlicher höheren Lehranstalten und Abordnungen der studentischen Vereinigungen brachten Hindenburg eine Ovation dar. Nach einer Ansprache sowohl eines Schülers wie auch eines Studenten erwiderte Hindenburg u. a.: Die Zeiten sind schwer. Darüber kommen wir nicht hinweg. Aber es ist Mannesart, der Gefahr ins Auge zu sehen, um mit ihr abzurechnen. Gott hat das deutsche Volk noch nicht verlassen. Viel ist uns genommen, aber Gott wird es uns wiedergeben. Eines ist uns geblieben, unser Vaterland. An das Vaterland sollen wir uns klammern mit aller unserer Liebe ohne Rücksicht auf Parteigegensätze. Ich appelliere an die deutsche Jugend. — Die Kundgebung wurde mit dem Rufe „Gott unser deutsches Vaterland“ geschlossen.

Schließung des Hagenbedschen Tierparks. Nach einer Mitteilung der Leitung des Hagenbedschen Tierparks wird der Tierpark am 3. Oktober bis auf weiteres geschlossen. Man will in Ruhe bessere Zeiten abwarten und eine Ausbesserung und Aufrüstung des Tierparks vornehmen.

Kartoffelpreise in Thüringen. Der Vorstand des thüringischen Landbundes empfiehlt seinen Mitgliedern und den übrigen thüringischen Landwirten, für auf Kartoffellieferungszwecke zu Heferende und für Freikartoffeln im Herbst 1920 keinen höheren Preis als 20 Mark für den Zentner Kartoffeln ab Hof des Erzeugers zu nehmen und für Anfuhrkosten nicht mehr als 20 Pfennig für den Kilometer und Zentner zu berechnen. — Die von der Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg Land nach Güstrow eingeladenen und in großer Zahl erschienenen mecklenburgischen Landwirte erklärten sich einstimmig bereit, um die wirtschaftliche Notlage ihrer Volksgenossen in den mecklenburgischen Gemeinden nach Kräften zu lindern, dieselben eine Million Zentner Kartoffeln zum Preise von je neunzehn Mark zur Verfügung stellen zu wollen.

Wasserbau-Ausstellung in Karlsruhe. Am Freitag wurde in Karlsruhe in Gegenwart von Regierungsvertretern die große Wasserbauausstellung eröffnet. Die Ausstellung zeigt große Mengen von Plänen betriebssfähiger Modelle; sämtliche geplante und vorhandene Wasserstraßen Süddeutschlands, besonders Rhein-Neckar-Donau-Kanal, Oberrhein-Regulierung, Donau-Modeneskanal und Schweizer Verbände sind erstmalig beteiligt. Die Ausstellung übertrifft hinsichtlich der Wasserbautechnik alle ihre Vorgängerinnen, sie wird bis zum 19. Oktober dauern.

Ein Opfer der Unvorsichtigkeit wurde die Schwester des Hilfsmonteurs Willy Engel in Berlin. In der elterlichen Wohnung beschäftigte sich der junge Mann mit der Entladung einer Parabellumpistole. Plötzlich krachte ein Schuß, und die Kugel traf die Schwester so schwer, daß sie gleich darauf an den Folgen der Verletzungen verschied.

Großfeuer im Danziger Hafen. Auf der Danziger Werft (ehemalige Reichswerke) geriet Freitag mittag die Wäscherei in Brand. Die im Gebäude lagernden Materialien und Werte wurden vernichtet. Der Schaden wird auf zwei Millionen Mark geschätzt. Der im Danziger Kaiserhafen liegende englische Bersäurer „Walhalla“ beteiligte sich an den Löscharbeiten.

Erwerbslosen-Unruhen in Meissen. Am Freitagabend zogen die Erwerbslosen und ihre Anhänger vor das Rathaus und forderten von den Vertretern der Stadt Meissen finanzielle Unterstützung, insbesondere Zahlung der Mietzinsen, da sie einfach nicht in der Lage wären, ihren geliebten Verpflichtungen nachzukommen. Der Oberbürgermeister erklärte der Abordnung, daß die Stadt nicht jeden Wunsch der Erwerbslosen erfüllen könne, da sie ebenfalls finanziell nicht dazu in der Lage sei. Daraufhin stürmte die Menge das Rathaus, konnte aber nach längerer Zeit von der Meissener Polizei wieder aus dem Hause getrieben werden. Da neue Unruhen angekündigt wurden, wurde die Stadt Meissen von der Landessicherheitspolizei besetzt.

Kleine Nachrichten.

* Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Effen wird von jetzt ab der direkte Güterverkehr zwischen Belgien, Frankreich und Luxemburg, sowie den besetzten und unbesetzten Gebieten Deutschlands wieder aufgenommen.

* Der bekannte Berliner Komponist Max Bruch ist im Alter von 82 Jahren gestorben.

* Die Berliner Börse beug am 1. Oktober ihre Hundertjahrfeier.

* Dem Kapellmeister des Pöhliger Gemeindefesthauses, Arthur Ritsch, ist von der philosophischen Fakultät der Universität Pöhlitz anlässlich seines 25jährigen Jubiläums die Doktorwürde ehrenhalber verliehen worden.

* Die kaufmännischen Angestellten des Berliner Zeitungsgewerbes sind am Sonnabend in einen 48stündigen Streik getreten. Es handelt sich hierbei um die Forderung einer Erhöhung des bisherigen Tarifs um 20–30 Prozent, die von den Arbeitgebern abgelehnt worden ist.

* In Berlin-Friedrichshagen schoß eine Frau Brodmann ihrem Geliebten, einem Zahnarzt, aus Eifersucht eine Kugel in den Kopf und jagte sich dann selbst eine Kugel ins Herz. Welche konnte ärztliche Hilfe nicht mehr reiten.

Gerichtssaal.

* **Kolainverschöpfung** ist ein beliebtes „Geschäft“ der Großstadtschleier, die dieses Arzneimittel zu Wucherpreisen entwerteten Personen beiderlei Geschlechts „fabrizieren“, damit diese ihren Geliebten ködnen können.

Inferate haben in unserem Blatte besten Erfolg.

Verrentenweise geht die Polizeiverordnung gegen die stromschleier außerst scharf vor. Dieser Tage hatten sich vier Vertreter dieses „Gewerbes“ vor dem Bürger-sondergericht Berlin zu verantworten. Es waren dies ein Schlosser, ein Kaufmann, ein Opernsänger und eine Blindenföhlerin. Mitangeklagt waren ferner noch der Beauftragte des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr, der Kaufmann Terinde. Gegen diesen mußte das Verfahren abgetrennt werden, da er sich zurzeit in Tilsit aufhält. Terinde hatte von dem bekannten „großen Unbekannten“ acht Kartons mit 1600 Ampullen Kolain gekauft und suchte nun Abnehmer. Er trat mit dem Opernsänger in einem Kaffeehaus in Verbindung, dieser wiederum mit dem Kaufmann und als letztes Glied in der Kette erschien der Schlosser. Durch zwei Schlepper wurde das Kolain einer Berliner Firma angeboten, welche sich sofort mit der Kriminalpolizei in Verbindung setzte. Ein Polizeibeamter trat in der Rolle des Käufers auf und beschlagnahmte das Kolain. Die Blindenföhlerin hatte ferner 3 Kilo Kolain, welche ihr ein gewisser Wolff angeboten hatte, weiterverkauft. — Das Gericht erkannte gegen den Schlosser und den Kaufmann auf je 2 Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, gegen den Opernsänger auf 2 Wochen Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe und gegen die vierte Angeklagte auf eine Woche Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Außerdem ordnete das Gericht die Einziehung des Kolains, welches einen Wert von 16 000 Mark hat, an.

* **Der Prozeß gegen die Marburger Studenten** verfohrt. Bekanntlich ist gegen das Urteil des Kriegsgerichts, das gegen die Mitglieder des Studentenkorps Marburg zusammengetreten war, Einspruch erhoben und das Verfahren dem Schwurgericht in Kassel überwiesen worden. Die Verhandlung, die ursprünglich am 18. Oktober beginnen sollte, ist nunmehr auf Mitte November verschoben worden, da seitens des Verteidigers der Staatsanwaltschaft sehr umfangreiches Entlastungsmaterial überreicht worden ist.

Volkswirtschaftliches.

3. Wochenbericht der Preisoberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Infolge der Spätherbsternte und der Herbstbestellung sind in Deutschland die Ablieferungen in Getreide vielfach schwächer geworden. Indessen sind in den Bedarfszentren meist reichliche Vorräte vorhanden, so daß der Mangel der Zufuhren weniger ins Gewicht fiel. Das Angebot in Bittoria- und kleineren Rogersorten war merklich größer als die Nachfrage, so daß die Preise nicht unerheblich zurückgingen. Das Futtergeschäft war nach kurzen Unterbrechungen zuletzt wieder lebhaft. Von Neu kommt viel Material heraus, das nicht voll den gewöhnlichen Ansprüchen an die Futterware mitteilt, wenn auch die Bedingung „gesund und trocken“ im Hinblick auf die Durchschmittbeschaffenheit der geernteten Ware einigermaßen innegehalten ist. Sehr fest lag wieder Stroh, das in drahtgepresster Ware und in gebündeltem Rangstroh viel gefragt war und eine weitere Preissteigerung erfuhr.

Ein nicht unerhebliches Geschäft vollzog sich in Kartoffeln zum Preise zwischen 27 und 29 Mark für den Zentner ab Station, für geistliche etwas teurer.

Der Verkehr in Mais war still geworden, die zeitweise sarte Abschwächung der ausländischen Devisen erschwerte auch neues Importgeschäft, zumal der Bedarf für Pferdefutter merklich hinter den Erwartungen zurückblieb. Dagegen hob sich zuletzt wieder die Nachfrage für Mais seitens des nordwestlichen Deutschlands, wo für Mais neue Abschlüsse ausgeteilt wurden. Zur Streckung unseres Brotes wird auch Mais gebraucht und weißer Mais bleibt zur Herstellung von Maisgries und Malzmehl, in welchen Artikeln sich ein nicht ganz unerhebliches Geschäft entwickelt hat, dauernd gefragt.

Die Preise für Raps und Rüben gingen infolge des sich täglich verringernden Angebotes gegenüber dauernd starker Nachfrage weiter in die Höhe, so daß zuletzt 430 Mk. in Einzelfällen auch noch darüber bezahlt wurden.

3. Berlin, 2. Oktober. (Börse.) Gegen Wochenschluß konnte sich der Markkurs merklich erholen. Goldrente stellten sich auf 250 Mark. Die Sparprämienanleihe schwächte sich weiter auf 58,40 Mark ab.

3. Der erste freie Viehmarkt nach Aufhebung der Zwangswirtschaft fand am Sonnabend in Berlin statt. Aufgetrieben waren 162 Rinder, 602 Schafe, 135 Schweine und 63 Kälber. Die Preise waren fabelhaft hoch. Für Rinder zweiter Klasse wurden bis 800, für Kälber 600, für Schweine minderer Qualität 1300 und für bessere Ware bis 1500, für Hammel 800 Mark pro Zentner Lebendgewicht gezahlt.

Kolales.

3. Der Garten im Oktober. Noch immer bildet der Oktober einen Entenmarkt für das Gemüse. Nur wird man bei rauher werdendem Wetter und einfallenden Frösten daran denken müssen, es nach und nach in die Winterquartiere zu bringen. Die Kohlrarten und Endivien dürfen nur bei trockenem Wetter eingemietet und eingeschlagen werden. Wintertrausohl und Rosenkohl bleiben den Winter über im Garten stehen. An den Rosenkohl können Pfingstzweige zum Schutz gesteckt werden. Blumenkohl bringt man mit den Wurzel im Keller in Erde oder feuchten Sand. Dasselbe kann auch mit dem Bleichellerie geschehen. Hat man im Herbst Schwarzwurzeln, Petersilie, Karotten usw. ausgegast, so werden die zu dicht stehenden Pflänzchen ausgezogen. Die abgeernteten Gemüsesorte werden in groben Schollen gestürzt, damit der Frost eindringen und die Erde lockern kann. Sind im Oktober im Blumenengarten Dahlien und Cannas bereits erfroren, so hebt man die Knollen bei trockenem Wetter aus, um sie im Keller auf Stellagen erst austrocknen zu lassen und später, in trockenem Sand eingeschlagen, frostfrei aufzubewahren. Topfpflanzen können so lange im Freien bleiben, bis ein empfindlicherer Frost einfällt. Rosen werden noch nicht für den Winter vorbereitet, jedoch muß man das Dedmaterial immer zur Hand haben. Von den Zimmerpflanzen bereiten sich die meisten im ungeladenen Zimmer zur Ruhe auf. Der

Wurde der Winter und der Winter froren auf. Man würde sie in ihrer Ruhe führen, wenn man sie ebenso regelmäßig wie im Sommer gießen würde. Dies ist nur erforderlich, wenn der Erdboden vollständig trocken ist. Die harten Oleander, Lorbeer, Cononys und dergleichen bleiben im Freien, so lange es die Witterung erlaubt. Monatsweilen kann man jetzt einpflanzen und in das Winterfenster stellen. Später kommen sie in helle, frostfreie Zimmer. Im Obstgarten kann Spalier- und Formobst beschnitten werden. Auch können schon gegen Ende des Monats die Winterarbeiten, das Abtragen und Reinigen der Stämme, Anstreichen derselben mit Kalkmilch, das Anlegen der Kleb- gärtel gegen den Frostschmerz begonnen werden. Bei trockenen Bodenverhältnissen empfiehlt sich für den Herbst die Anpflanzung von Obstbäumen. Das noch gangbare Winterobst ist zu pflücken und nicht aufzu- bewahren.

Ein Jahr Technische Nothilfe. Am 30. Sep- tember 1919 wurde die Technische Nothilfe in Berlin gegründet zu dem Zweck, Schäden des Wirtschaftskamp- fes, die die Unbeteiligten trafen, nach besten Kräften zu mildern. Mit 865 Nothelfern begann sie ihre Ar- beit; heute zählt sie, in 17 Landesbezirke über das ganze Reich verteilt, über 120 000 Mitglieder. Im letzten Jahre wurde die Nothilfe im ganzen in 385 Fällen mit 20 770 Nothelfern eingesetzt; nur einmal ist es gelungen, eine zahlenmäßige Uebersicht über die Erfolge ihres Wirksamkeit zusammenzustellen: während des Blumenschiffstreiks und des Generalstreiks in Ostpreu- ßen. In diesen beiden Streiks wurden gerettet: für vier Millionen Mark Butter, 17 Mill. Getreide, 11 Mill. Mehl, 60 Mill. Fleisch und 35 Millionen Mark andere Lebensmittel.

Keine Prämie für Einwohnerwehren. Im Publikum herrscht vielfach die Meinung, daß die Be- stimmung über die Vergütung für abgelieferte Waf- fen der Einwohnerwehren Geltung hätte. Dazu gibt jetzt der Entwaffnungskommissar bekannt, daß diese Waffen ohne die Inanspruchnahme der veränderten Vergütung abgeliefert werden müssen. Aus dem § 4 der ersten Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz ergibt sich die Meldepflicht der Leiter der Einwohnerwehren über die unter ihrer Verantwortung auszugebenden und abzuliefernden Waffen. Nach der Verfügung des Ministers des Innern vom 31. September hat der Besitzer für die ihm von der Einwohnerwehr aus- gehändigte Waffe. Auf diese Haftung kann zurück- gegriffen werden, wenn unter dem Schutze der Ent- waffnungsbestimmungen, wonach der Name des Einlie- gers einer Waffe nicht genannt wird, Einwohnerweh- raffen gegen Entgelt abgeliefert worden sein sollten.

Ein telegraphischer Schutz gegen Verbrecher soll in Groß-Berlin eingeführt werden. Die Kosten für diese umfangreiche Anlage des elektrischen Sicher- heits-Melddienstes werden auf rund 33 Millionen Mark veranschlagt, zu deren Beschaffung eine halbamt- liche Privatgesellschaft ins Leben gerufen werden soll, die unter Teilnahme und Kontrolle des Präsidiums die Anlage ausführt und unterhält. Die Gesellschaft würde also die Melder in den Straßen an den Häusern anbringen und die Instandhaltung besorgen. Alsdann würden an rund 100 000 vertrauenswürdige Bürger, die eigenes Interesse an diesem Schutz haben, die er- forderlichen Schlüssel gegen eine noch zu normierende jährliche Miete geliefert. Auf diese Weise würde ein Teil der Kosten gedeckt werden, während man hofft, daß der Staat ebenfalls einen Teil der Kosten über- nehmen würde. Weiter würden auf Antrag gegen ent- sprechende Miete in Theatern, Fabriken, Warenhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden derartige Melder aufgestellt, ebenso könnten Bewohner von Privatwoh- nungen gegen Miete die Aufstellung dieser Melder er- wirken. Sowie der neue Plan, der zurzeit noch zur Beratung steht.

Gedächtnisfeier. Am Sonntag Abend veran- staltete der Gesang-Verein Frohsinn im Saale zur Hofe die Gedächtnisfeier seiner gefallenen Mitglieder und die Enthüllung der Gedächtnistafel. Hierzu schreibt man uns: Was sowohl die Feier selbst, wie die Ausführung des Denkblattes anbelangt, so war man von dem Ge- danken ausgegangen: Für unsere braven Soldaten nur das Beste! Der Prolog: An unsere gefallenen Helden wurde von Fr. Käthe Kunz in formvollendeter Weise vorgetragen und manches Tränlein entquoll dem Auge während wir im Geiste nochmals mit den gefallenen Brüdern vereint wurden. Der Vorsitzende Herr Wilh. Mayer, wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung der Feier hin und betonte, daß man für die Ehre der ge- fallenen Brüder nur das Beste bieten wollte. Er besprach die Idee, die der Künstler, Herr M. Müller-Wiesbaden, seinem erhabenen Werke zugrunde gelegt hatte. Ein mächtiger Monumentstein im Vordergrund mit den Namen der Helden. Daran anlehnd ein trauernder Sänger mit einem Lorbeerkranz in der Hand. Im Hintergrund das wogende Meer in Feuerflut getaucht. (Die Entschung des Weltkrieges darstellend). Arion mit der Harfe kommt auf den Fluten heran, um Klagelieder für die gefallenen Helden anzustimmen. Eine tiefe Wirkung ruft der düstere Hypothenhain auf der Seite des Gemäldes hervor. Zum Schluß der Ansprache gab Herr Mayer die Namen der Gefallenen bekannt. Sodann stellte der Vorsitzende Herrn Maler Max Müller der Zuhörerschaft vor und der große Beifall bewies wie sehr man mit der gediegenen Aus- führung des Meisterwerkes sich zufrieden erklärte. Das Denkblatt wird einige Tage in Bierstadt (Abraham) und in Wiesbaden ausgestellt werden und sicher eine große Anziehungskraft hervorgerufen. Der Chor zeigte eine bewundernswürdige Frische und die Darbietungen kamen mit großer Echtheit zum Vortrag. Besonders war die Auswahl der Lieder entsprechend der hehren Feier eine beschränkte. Aber gerade das Weibliche das Innige, das Herzliche, das aus den Chören heraussprach, hatte seine tiefe Wirkung auf die Zuhörerschaft. Die Darbie- tungen der beiden Fr. Alexi, Cello und Violine, unter der sicheren Klavierbegleitung des Fr. Dörre, waren allerliebst und der Beifall nach dem Vortrag der Lorelei- paraphrase wollte kein Ende nehmen. Zum erstenmale trat hier Fr. Alma Winau (Sopran) auf, welche mit großer Hingabe einige Solos sang. Die Darbietun- gen errieten wohlverdienten Beifall. Herr Claus Kunz

(Violine) zeigte sich im Vortrag als Meister seines Instruments. Unter der gediegenen Begleitung des Fr. I. Gerta Schäfer gelangte das Ave Maria von Bach-Goun- nod zum Vortrag und das schwierige Andante aus der II. Violin-Sonate von Beethoven waren bewundernsw- erte Leistungen. Herr Karl Bach (Bariton) trug zwei Solis vor. Die Lieder waren so ganz der Stimmung des Abends angepaßt, und der seelenvolle Vortrag fand den Weg zum Herzen der Zuhörer. Alles in Allem, es waren erhebende Stunden, und die zahlreichste Zuhörer- schaft wird sich noch lange der vorzüglichen Darbietungen in Dankbarkeit erinnern.

* Herr Bürgermeister Hofmann hat einen Ur- laub von 4 Wochen angetreten. Die Amtsgeschäfte führt während seiner Abwesenheit Herr Beigeordneter Bierbrauer.

* Eine Obst- und Gemüseschau findet vom 9. bis 11. Oktober in Erbenheim in den Sälen des Gasthauses zum „Schwanen“ statt. Wir werden in unserer nächsten Nummer ausführlich darauf zurückkommen.

Wetterbericht.

7.—8. Nachts neblig bedeckt, Wind lebhaft, stich- weise Regen, darauf zunehmend trüb.

Bekanntmachungen.

Einladung

zu einer Sitzung der Gemeindevertretung. Zu der von mir auf **Dienstag, den 5. Oktober 1920 abends 8 Uhr**, hier im Rathaus anberaumten Sitzung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Betr. Genehmigung des zw. Friedrich Müller von hier, einerseits und der Gemeinde Bierstadt andererseits bezügl. des Immobilien-Kartenblatt 52 Parzelle No. 83/6 und 84/8 a Wohnhaus, Hofraum, Längsasse 17 groß 1 ar 58 qm. unterm 23. September 1920 abgeschlos- senen Kaufvertrags.

1 a. Beschlußfassung darüber, wer an Stelle des ver- storbenen Gemeindevorstehers Karl Sternbergert von hier als Gemeindevorsteher aufzurücken hat.

2. Betr. Antrag der Betriebsverwaltung der Stadt Wasser- und Wasserwerke zu Wiesbaden um Erteilung der Genehmigung zwei überflüssigen Leitungen auf der Bier- städter-Höhe zwischen der Grenz- und Taunusstr. heraus- zunehmen.

3. Betr. Antrag des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend um Rückgabe der von der Gemeinde Bierstadt erhaltenen, aber nicht verkauften Bohnen, Erb- sen und Kaiserstücken.

4. Betr. Ersuchen des Magistrats zu Wiesbaden um Stellungnahme z. den städtischen Generalbebauungsplan.

5. Betr. Verfügung des Herrn Landrats zu Wiesbaden vom 4. September 1920 J. No. 531 betr. Errichtung von Wanderhaushaltungsschulen.

6. Betr. zur Genehmigung zur Aufnahme einer An- leihe verzinslich zu 4 1/2 % und zu amortisieren mit 1/2 zur Deckung der von der Gemeinde für Kriegswohlfahrt tref- fende gemachten Aufwendungen im Betrage von M. 59131, 15 Pf. bei der Nassauischen Landesbank zu Wiesbaden.

7. Betr. Niederschlagung von unbelästiglichen Ein- nahmeposten.

8. Betr. Bekanntgabe a) der Verfügung des Herrn Landrats zu Wies- baden vom 13. September 1920 J. No. 4545 betr. nach dem Beschluß der Gemeindevertretung vom 7. Sep- tember 1920 Zusammenschluß auf Grund des Tammult- schadengesetzes vom 12. Mai 1920.

b) Der Verfügung des Herrn Landrats zu Wies- baden, vom 13. September 1920 J. U. 557 in der An- gelegenheit betr. einheitliche Regelung der Verordnungs- sätze für die an der gewerblichen Fortbildungsschule nebstmännlich beschäftigten Lehrer.

9. Betr. nochmalige Herabführung eines Beschlusses über das Gehalt und die Zulagezulagen der künftig anzustellenden Hebammen.

Diejenigen bedürftigen Kriegsbeschädigten und Kriegs- hinterbliebenen, die ihren Kartoffelbedarf nicht einkellern können, werden aufgefordert, sich bis spätestens zum 6. Oktober 1920 auf der Bürgermeisterei hieselbst zu melden.

Bierstadt, den 5. Oktober 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

P. G. B.

Am Freitag, den 8. ds. Mts.

abends 8 Uhr, findet bei Mit-

glied Otto Klein, Gasthaus zur

Stadt Wiesbaden eine

Mitgliederversammlung

statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um

zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

Gesang-Verein „Frisch-Auf“ Bierstadt.

Mitglied d. Arbeiter-Sängerbundes.

Mittwoch, den 6. d. Mts.

Gesangsprobe

Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Deutscher Landarbeiter-Verband.

(Freiwillige wirtschaftliche Organisation)

Deutschlands Land- und Wald-Arbeiter, Arbeiterinnen, Knächte, Mägde, Schweizer **Achtung!**

Freitag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr findet im Lokale zum Gambinus zu Bierstadt eine

Versammlung

statt.

Tagesordnung: Wie verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Freie Aussprache.

Wer nicht erscheint schädigt sich selbst!

Der Einberufer.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutz- Vereins Bierstadt zu sein.

Kopfläuse

nebst Brut vernichtet

Sentalwasser

Fl. 2.50 und 5.—

Drogerie Lehmann,

Wiesbadenerstraße 4.

Reklame

bringt

Gewinn!

Junges Mädchen,

das Eltern die Schule ver- läßt, wird für einige Stunden täglich für leichte Hausarbeit ge- sucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Erfolg

schon nach 2 Tagen. Ihre Mit- tel sind großartig. Soll danken. Den Dankschreiben teilen dies mit...

Frauen,

solche und ähnlich täglich mir zu- gehende Dankschreiben bezeugen, daß ich helfe. Machen Sie noch einen Versuch und teilen Sie mir vertraulich mit, wie lange Sie an Störungen und Regel- Störungen leiden.

Meine Mittel sind nicht gefahr- los, sondern vollkommen sicher. **Garantie. Diskreter Versand**

M. Bartolhy,

Hamburg 13, Grindelallee 1, II

Achtung! Mütter!

Badet Eure Kinder zur Stärkung des Knochenbaues in **Kreuznacher Mutterlauge**, gibt ihnen reinen

Medizinal-Lebertran und nährt sie mit

Kufekes Kindermehl.

Alles in Friedensqualität und reiner Ware empfiehlt

Drogerie A. Lehmann, Wiesbadenerstr. 4.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Glasierte Wandplatten

Bodenplatten einfarbig und schöne

Stallplatten, Tonrohre,

Weisse glasierte Spülsteine

Emil Köbig, Wiesbaden,

Adelheidstrasse 54, Fernsprecher 2402.

Verlegen durch geübte Plattenleger.

Prompto, zuverlässigste Lieferung auch der kleinsten Mengen.

Nur für Wiederverkäufer!

Karbid

Karbid-Lampen-Brenner

Wiesbadener Fahrrad-Gesellschaft m. b. H.

Wiesbaden, Adolfstrasse 1.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30— an

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok,

Kirchgasse 70

gegenüber Marktplatz

Wiesbaden.